

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Helmut Rohde MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA), würdigt die Sozial-Enzyklika des Papstes als Ermunterung auf dem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Seite 1-3

Heinz Menzel MdB warnt vor einem Rückschritt in frühkapitalistische Ansichten durch die CDU/CSU.

Seite 4

Klaus Immer MdB, wehrt sich gegen die Schließung von Poststellen auf dem Lande.

Seite 5

Gerhard Schröder MdB fragt, wo die wirtschafts- und sozialpolitischen Teile der Freiburger Thesen in der heutigen Wirklichkeit der FDP-Politik geblieben sind.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 177

17. September 1981

Die Arbeit hat Vorrang

Zur neuen päpstlichen Sozial-Enzyklika

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Nach den konservativen und liberalen Wirtschaftsopern, wie sie gerade jüngst in den westlichen Industrieländern zum Lobe kapitalistischer Restauration aufgeführt worden sind, wirkt die neue päpstliche Sozial-Enzyklika wie eine politische Erholung. Sie verknüpft die Arbeit wieder mit den Grundwerten menschlichen und gesellschaftlichen Lebens und macht auf diese Weise deutlich, daß Arbeit und Arbeitslosigkeit mehr sind und anderes bedeuten, als nur Striche zu einem Konjunkturbarometer zu sein.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Enzyklika ist schon bemerkenswert. Sie platzt mitten in die Auseinandersetzung über die kapitalistische "Tendenzwende". Wer diese will und versucht, kommt künftig an dem Papstwort zur Arbeit nicht mehr vorbei. Das gilt in mehrfacher Hinsicht:

1. Die päpstliche Sozial-Enzyklika steht in einem fundamentalen Widerspruch zu der konservativen These von dem Rückzug des Staates aus beschäftigungspolitischer Verantwortung. Sie weist dem "indirekten Arbeitgeber" - sie versteht darunter die Gesamtheit der Normen, Verhaltensprinzipien und Institutionen des sozio-ökonomischen Systems", vor allem aber den Staat, unabwiesbare Pflichten zu. Gesagt wird folgendes: "Gerade dem Staat obliegt ja eine gerechte Arbeitspolitik." Die Enzyklika definiert sie im Blick auf die Verhältnisse im eigenen Land und auf die weltweiten Beziehungen, insbesondere mit



den wirtschaftlich benachteiligten Ländern. Alles nur den "Selbsteilungskräften des Marktes" zu überlassen oder gar in der Arbeit nur einen abgeleiteten Faktor monetärer Steuerung oder konjunktureller Verläufe zu sehen, widerspricht unübersehbar der Sozial-Enzyklika. Sie fordert bewußtes Handeln.

2. Die Sozial-Enzyklika verlangt von den als "indirekten Arbeitgebern" bezeichneten Stellen eine "Gesamtplanung" und spricht sich für eine "Gesamtvorsorge" aus, in der "gerechte und überlegte Koordinierung" den Rahmen für freie Initiativen abgibt. Das heißt, Planung und Freiheit werden nicht als Widerspruch behandelt, sondern als Elemente, die sich wechselseitig bedingen. Sie widersetzt sich damit den planungsfeindlichen Attitüden in der Diskussion der westlichen Industrieländer.

Heutzutage muß man sich ja fast schon entschuldigen, wenn man für aktive Beschäftigungspolitik und Beschäftigungsprogramme eintritt. Die Diskussion in den westlichen Industriestaaten ist so sehr in einem blassen, ausgezehrten Datenpaster formaler Ökonomie verfangen, daß jede elementare Diskussion entweder als herausfordernd oder als naiv empfunden wird. Wer sonst wie der Papst von "vernünftiger Planung und angemessener Organisation der menschlichen Arbeit im Rahmen der einzelnen Länder und Staaten" spricht, kann des Gezeters der herkömmlichen Schule der Wirtschaftspolitik sicher sein.

3. In der päpstlichen Sozial-Enzyklika werden eindringlich die Gefahren der Arbeitslosigkeit beschrieben, insbesondere im Blick auf die jungen Menschen. Das heißt: Die Sicherung von Arbeit und die Entwicklung der Arbeitsbedingungen bleibt der Kern der "sozialen Frage". Das wird sich in den 80er Jahren erweisen. In den meisten Industrieländern verlassen in diesem Jahrzehnt geburtenstarke Jahrgänge die Schulen und fragen nach Arbeit und beruflicher Entfaltung. Das heißt, die Nachfrage nach Arbeit wächst. Zur gleichen Zeit wirken auf das Angebot von Arbeit neue Technologien, Industrieroboter und andere Formen der Hochtechnisierung ein. Der Papst wendet sich gegen jede Verharmlosung dieses Prozesses und sagt, das alles sei durchaus mit der ersten technischen Revolution zu Beginn der Industrialisierung zu vergleichen. Mit ihm sind wir der Ansicht, daß das Problem der Arbeit die Schlüsselfrage bleibt. Wir folgen ihm, wenn er sagt: "Doch ist es auch Tatsache, daß sich die Technik in manchen Fällen aus einer Verbündeten fast in eine Gegnerin des Menschen verwandeln kann, wie etwa dann, wenn die Mechanisierung der Arbeit den Menschen verdrängt und ihn jeder persönlichen Befriedigung und des Ansporns zu Kreativität und Verantwortung beraubt, wenn sie viele Arbeitnehmer um ihre Beschäftigung bringt oder durch die Verherrlichung der Maschine den Menschen zu deren Sklaven macht."

Daraus folgt die Aufforderung, unsere Aufmerksamkeit auf die Arbeit im "subjektiven Sinne" zu richten. Das entspricht dem, was wir mit unseren Worten "die Humanisierung der Arbeit" nennen.

Aus all dem leitet der Papst in der Sozial-Enzyklika das "Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital" ab. Dieser Satz ist grundlegend. Daran ist kein bläßlicher Zweifel möglich. Und er ist in seinen Konsequenzen weitgehend zugleich. Daraus ist nicht nur die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, sondern auch das Recht des arbeitenden Menschen abzuleiten, auf die Arbeit und die sie prägenden Umstände und Voraussetzungen einen mitbestimmenden Einfluß zu haben. Dieser schlichte und nicht zu verbiegende Satz vom "Vorrang der Arbeit" steht in vollem Widerspruch zu denen, die in der Bundesrepublik sogar das Verfassungsgericht mobilisierten, um den Mitbestimmungsanspruch des arbeitenden Menschen dem Kapital unterzuordnen.

4. Empfohlen werden muß auch, das nachzulesen, was der Papst über Arbeit und Sozialleistungen geschrieben hat. Dies hat sein besonderes Gewicht in einer Zeit, in der versucht wird, das System sozialer Sicherung durch eine breitangelegte Mißbrauchs-



debatte zu diskreditieren. Was die Enzyklika in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringt, hat politischen und religiösen Tiefgang. Wer wie früher Armut wieder mit dem Stigma der Sünde versehen und etwa die Belastung der Arbeitslosigkeit als Ausdruck individueller Faulheit abtun will, der kann für ein solches Verhalten die katholische Soziallehre nicht in Anspruch nehmen. Unverantwortlich ist, wie zur Zeit der Eindruck erweckt wird, als seien Sozialleistungsempfänger bataillonsweise Schnorrer, Mißbrauchsexperten und Schlimmeres. Die Enzyklika sagt dazu: "Die Pflicht der Hilfeleistung für die Arbeitslosen, das heißt die Verpflichtung, den beschäftigungslosen Arbeitnehmern und ihren Familien durch die dazu nötige entsprechende Unterstützung den Lebensunterhalt zu sichern, entspricht dem Grundprinzip der für diesen Bereich gültigen sittlichen Ordnung, nämlich dem Prinzip der gemeinsamen Nutznießung der Güter oder, anders und einfacher ausgedrückt, dem Recht auf Leben und Unterhalt."

5. Die kapitalistischen Tendenzwende-Philosophen müssen sich auch mit dem auseinandersetzen, was in der päpstlichen Enzyklika über Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften, über das Streik- und Arbeitsrecht, über Mitbestimmung, über die Verpflichtung der Arbeitswelt gegenüber den Behinderten und Leistungsgeminderten und über den Anspruch des arbeitenden Menschen auf Erholung und Muße gesagt worden ist. Das alles steht im Zusammenhang mit der Überzeugung, daß die Arbeit eine "fundamentale Dimension menschlicher Existenz auf Erden darstellt" - "zeitlos und grundlegend immer aktuell, immer neue Aufmerksamkeit und entschiedenes Zeugnis fordernd". Die Rechte des arbeitenden Menschen stehen "im großen Zusammenhang der Menschenrechte".

Hier haben sie ihre Wurzeln und ihre Begründung zugleich. Und bei allem, was ansonsten in der Enzyklika kritisch gesagt worden ist, bleibt der katholischen Soziallehre und der kritischen Analyse des frühen Kapitalismus durch Karl Marx doch eines gemeinsam: die überragende Rolle, die beide der menschlichen Arbeit für den Gang der menschlichen Geschichte zugewiesen haben.

Wir, und damit meine ich die sozialdemokratischen Arbeitnehmer, werden die päpstliche Sozial-Enzyklika über die Arbeit vorurteilslos und sorgfältig lesen, auch kritisch in den Punkten, wo wir grundlegende Fragen zu stellen haben. Ich meine zum Beispiel die Bewertung der Berufstätigkeit der Frau. Wir werden die Enzyklika offen diskutieren, unter uns und mit allen, die aufgeschlossen dafür sind. Wir empfinden sie als Ermunterung in unserem Kampf gegen die mächtigen Versuche dieser Zeit, dem Sozialstaat und dem Vorrang der Arbeit den Rücken zuzukehren und sich auf den kapitalistischen Weg zurück zu begeben.

Unser Interesse wird vor allem dem gelten, was der Papst als dritten Weg zwischen "primitivem Kapitalismus" und staatsbürokratischer, kommunistischer Gesellschaftsverfassung anklingen läßt. Er gibt für diesen dritten Weg - aus sicher wohl überlegten Gründen - keine Rezepte. Aber er ermuntert dazu. (-/17.9.1981/byg/hgs)

+ + +



Was will die CDU/CSU?

Gegen den Rückschritt in frühkapitalistische Ansichten

Von Heinz Menzel MdB

Endlich, nach vielem Zögern, hat sich auch die Opposition bequemt, ihre Vorstellung von Sparmaßnahmen auf den Tisch des Hauses zu legen. Nun weiß auch die breite Öffentlichkeit, wo es hinginge, wenn die Opposition regieren würde.

Es lohnt sich vor allen Dingen für die breiten Bevölkerungsschichten, genau hinzusehen, welches Konzept hinter den Sparplänen der einzelnen Parteien steckt.

Die Vorschläge der Sozialdemokraten waren darauf ausgerichtet, Einschnitte in das soziale Netz möglichst zu vermeiden und durch gezielte Maßnahmen Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise neue zu schaffen. Dafür waren sie bereit, vorübergehend durch eine Ergänzungsabgabe insbesondere die höheren Verdienener stärker zu belasten.

Die Freien Demokraten lehnten jedes Konjunkturprogramm und jede zusätzliche direkte Steuerbelastung ab und forderten statt dessen Eingriffe in die Leistungsgesetze.

Die Koalition hat sich zu einem Konzept durchgerungen, das die Grundpositionen der sozialen Sicherung unangetastet läßt. Dabei braucht nicht verschwiegen zu werden, daß auch dieses Konzept harte Opfer von uns verlangt und von den Sozialdemokraten für sozial nicht ausgewogen angesehen wird.

Der entscheidende Unterschied zum Konzept der Opposition liegt allerdings darin, daß die Opposition die Schwelle der sozialen Sicherung generell senken möchte. Bei der Opposition spiegelt sich die Grundauffassung konservativer Sozialpolitik wieder, die Sozialpolitik nur als Sicherung des materiellen Existenzminimums und nicht als Sicherung des sozialen Existenzminimums ansieht.

Käme das Konzept der CDU/CSU zum Tragen, hätte es in seiner Konsequenz eine andere Verteilung des Sozialproduktes zur Folge, denn Sozialpolitik hat auch verteilungspolitische Funktion. Wer also Sozialpolitik nur als Sicherung des materiellen Existenzminimums ansieht, wie es CDU/CSU tun, schmälert durch die Auswirkungen dieser Politik den Anteil breiter Schichten an dem Gesamterwirtschafteten.

Eine solche Politik ist nicht nur rückschrittlich und gleichbedeutend mit einem Rückfall in frühkapitalistische Ansichten, sondern ist auch, der Vergleich England sei gestattet, keine Lösung für wirtschaftliche und soziale Probleme.

(-/17.7.1981/ks/hgs)

+ + +



Gegen die Schließung ländlicher Poststellen

Rückzug öffentlicher Dienstleistungen fördert soziale Erosion

Von Klaus Immer MdB

Die postalische Entwicklung auf dem Lande steht im Zeichen der Rationalisierung. Feste Poststellen, meist die einzigen noch vorhandenen öffentlichen Dienststellen, werden zum Teil rigoros durch mobile Einrichtungen ersetzt. Gerade in einer Zeit, in der alle Anstrengungen unternommen werden, die Infrastruktur in den ländlichen Räumen so zu gestalten, daß die drohende Abwanderung eingedämmt wird, sind solche Maßnahmen mehr als problematisch. Die zentralen Poststellen nehmen zudem meist keinerlei Rücksicht in ihren Öffnungszeiten auf die speziellen Bedürfnisse ihrer Kunden. Das gilt insbesondere auch für die fahrbaren Schalter, die vor einiger Zeit noch als Allheilmittel gepriesen wurden. Der Rückzug aus der Fläche leistet der zunehmenden "sozialen Erosion" Vorschub, das heißt: Der Rückzug privater und öffentlicher Dienstleistungen aus der Fläche neben dem Verlust von Arbeitsplätzen verstärkt den Abwanderungsdruck in die Ballungsrandzonen; hinzukommt, daß jede aufgehobene feste Poststelle, die Berufschancen für die nachfolgende Generation vermindert. Eigentlich müßten gerade in dieser Zeit des zunehmenden Drucks von mehr jungen Menschen auf den Arbeitsmarkt Bundespost und Bundesbahn gegensteuern. Stattdessen werden Verwaltungsstellen konzentriert; im oberen Bereich ausgeweitet, im unteren Bereich der unmittelbaren bürgernahen Dienstleistungen gekürzt. Dies ist aus der Sicht der ländlichen Räume der verkehrte Weg. Natürlich hängt die Erhaltung fester Poststellen auf dem Lande davon ab, ob und inwieweit es gelingt, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie das - verbesserte - Angebot der Post annimmt.

Der Ausschuß faßte einstimmig folgende Entschließung:

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt dem Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen, dem Deutschen Bundestag vorzuschlagen, den Bericht der Bundesregierung - Drucksache 9/408 - mit der Maßgabe zur Kenntnis zu nehmen, daß sie aufgefordert wird, bei allen Planungen der Postversorgung des ländlichen Raumes festen Amtsstellen, so weit dies irgend möglich ist, den Vorrang zu geben vor fahrbaren Postschaltern. Der Bundestag begrüßt und unterstützt in diesem Zusammenhang die Absicht der Bundesregierung, "frühere Überlegungen des Postministeriums", nicht mehr weiter zu verfolgen, "deren Realisierung ein... weitgehendes Ersetzen von ortsfesten Amtstellen durch fahrbare Postschalter zur Folge hätte". Vor endgültigen Entscheidungen über Aufhebung oder Abstufung von postalischen Einrichtungen, sind Anstrengungen zu unternehmen, die Service-Leistungen - bei der Annahme, beim Bankdienst, durch Koppelung mit anderen öffentlichen Dienstleistungen - zu verbessern. Insbesondere sind auch Schalteröffnungszeiten den auf dem Lande spezifischen Kundengewohnheiten und besonderen Bedürfnissen anzupassen. Ein rigoroser Rückzug öffentlicher Dienstleistungen aus der Fläche würde einer zunehmenden sozialen Erosion Vorschub leisten.

(-/17.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Programm und Wirklichkeit

Was blieb übrig vom wirtschafts- und sozialpolitischen Teil der Freiburger Thesen?

Von Gerhard Schröder MdB

Früher, so sagte Norbert Gansel in einer Stellungnahme zu den jüngsten Koalitionsvereinbarungen zum Bundeshaushalt, habe es zwischen SPD und FDP einen ganzen Wald von Gemeinsamkeiten gegeben - heute gebe es nur noch einen Baum, oder einen Mischnick.

Schaut man sich die Forderungen der FDP zum Bundeshaushalt '82 einmal an, so muß man Gansel zustimmen. Offenkundig verfolgte die FDP-Spitze mit Genscher und Graf Lambsdorff in den Koalitionsverhandlungen das Ziel, auch in der Bundesrepublik eine Politik a la Thatcher oder Reagan einzuführen.

Schließlich werden die Bezieher höherer Einkommen einzig und allein durch die Anhebung der Tabak-, Sekt- und Schnapssteuer getroffen. Und diese "Einbußen" lassen sich allemal über die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten mehr als ausgleichen.

Große Teile der FDP-Wählerschaft übrigens teilen nicht die Meinung der FDP-Spitze, jetzt müsse auf Biegen und Brechen eine haushaltspolitische Wende herbeigeführt werden auf Kosten der Benachteiligten.

Und diese FDP-Wähler und auch ein beträchtlicher Teil der FDP-Mitgliedschaft können sich in der Tat getäuscht fühlen, wie anhand der FDP-Programmatik belegt werden kann.

Im Freiburger Programm hatte sich die FDP die "Reform des Kapitalismus" auf die Fahnen geschrieben; sie proklamierte einen "demokratischen und sozialen Liberalismus".

"Der Staat", so These 3 des Freiburger Programms, "muß darauf hinwirken, daß wirtschaftliche Betätigung sich künftig stärker an gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wie der Sicherung der Lebensbedingungen und der Verbesserung der Vermögensverteilung orientiert".

Und in These 4 heißt es dann: "Liberaler Wirtschaftspolitik verlangt von dem Bürger die Bereitschaft, zur Erreichung besserer Lebensbedingungen einen höheren Beitrag zu öffentlichen Ausgaben zu leisten." Zu diesem Zwecke sollen "gewährte Steuervergünstigungen und Subventionen neu überdacht und abgebaut werden, auch mit dem Ziel, mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen".

Dieses Ziel hat die FDP-Führung offenbar entschlossen aufgegeben. Und daß die "Grundsätze sozialer Gerechtigkeit beachtet" werden sollen beim staatlichen Handeln -, davon kann bei den Forderungen der FDP kaum noch die Rede sein. Im Gegenteil: Die FDP wollte sogar noch an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe herangehen.

In Freiburg schrieben sich die Liberalen noch ins Programm: "Die liberale Reform des Kapitalismus erstrebt die Aufhebung der Ungleichgewichte des Vorteils und der



Ballung wirtschaftlicher Macht, die aus der Akkumulation von Geld und Besitz und der Konzentration des Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen folgen." - Lang, lang ist's her.

Doch selbst im Wahlauf Ruf 1976 plädierte die FDP noch für die sozial Benachteiligten, denen sie heute das Arbeitslosengeld um fünf Prozent kürzen will: Die FDP "tritt deshalb auch in Zeiten gedämpften wirtschaftlichen Wachstums und Verknappung öffentlicher Mittel dafür ein, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht zu Lasten sozial Benachteiligter und Behinderten geht".

Das zeigt: Würden die Herren Genscher und Graf Lambsdorf sich an die Programmatik ihrer eigenen Partei halten, dann könnte von abnehmenden Gemeinsamkeiten keine Rede sein. Das Koalitionsknirschen in den letzten Wochen liegt also nicht an einer bocksbeinigen SPD, sondern an einer FDP-Führung, die heute schon als Dirigismus verteufelt, was sie früher einmal als "sozialen Liberalismus" selbst entwickelt hat. 1976 forderte die FDP sogar ein - heute verpöntes - Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Jugendliche: "Es sind gezielte arbeitsmarktpolitische Sonderprogramme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durchzuführen." - Nur, was 1976 noch gut genug war, um Wählerstimmen zu gewinnen, gilt der FDP-Führung heute als liberaler Sündenfall.

Man könnte noch weitere Belege dafür anführen, wie die praktische Politik der derzeitigen FDP-Spitze ihr eigenes Programm desavouiert. Die FDP richtet ihre Politik eben nicht langfristig und an Programmen aus -; sie geriert sich in der Tat - wie Theo Sommer es ausdrückte - als "Agent des Zeitgeistes".

Zum Schluß soll eine Aussage des damaligen und leider früh verstorbenen FDP-Generalsekretärs Karl-Hermann Flach zitiert werden: "Der unkorrigierte freie Wettbewerb privater Produzenten und Händler erhöht ständig die Ungleichheit der Vermögensverteilung, weil sich nach dem geheimnisvollen Prinzip des Kapitalismus Vermögen immer dort vorwiegend weiter ansammelt, wo schon welches vorhanden ist."

Abgesehen davon, daß seit Karl Marxens Werk das Prinzip des Kapitalismus nichts geheimnisvolles mehr an sich hat, ist dem nichts hinzuzufügen. (-/17.9.1981/ks/hgs)

+ + +

